

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

31. Aug. 1972

Erste Reaktionen auf
das Abkommen Schweiz-EWG

Sie finden in der Beilage eine erste Uebersicht über die Reaktionen in der Oeffentlichkeit des In- und Auslandes (Presse, Parteien, Verbände etc.) auf den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EWG.

Sollten weitere profilierte Stellungnahmen zu verzeichnen sein, so werden Sie Nachträge zu dieser Uebersicht erhalten. Eine besondere Zusammenstellung wird den Stellungnahmen zur Frage des Referendums gewidmet sein.

von T. L. ...

Beilage erwähnt

Der Abschluss des Freihandelsabkommens Schweiz-EWG aus der Sicht der Presse im In- und Ausland, der Parteien, Wirtschaftsverbände sowie profilierter Politiker und Juristen

A. Allgemeine Tendenz

Generell darf man die Reaktion in obgenannten Kreisen als durchaus positiv, wohlwollend und objektiv bezeichnen, doch sind im Konzert begeisterter Stimmen auch weniger optimistische, ja gar besorgte und kritische solche zu vernehmen, die vielfach jedoch auf falscher Information und ungenügendem Verständnis beruhen und zum grössten Teil bei näherer Betrachtung des Vertragswerkes und beim Durchlesen der Botschaft verklingen werden. Im grossen und ganzen ist das Freihandelsabkommen aber als willkommene und zukunftsichere Oeffnung zum europäischen Markt, zeitgemässer Beitrag an der Schaffung eines integrierten Europas und Absicherung vor nachteiliger wirtschaftlicher Isolierung bezeichnet worden.

B. Pressekommentare

Die Orientierung der Leserschaft über das Freihandelsabkommen erfolgte im Allgemeinen in sehr ausführlicher und klarer Weise, wohlverstanden nicht immer farblos und gänzlich objektiv, doch meistens sachlich richtig. Jedes grössere Schweizerblatt befasste sich mit den Brüsseler Verhandlungen und der Phase danach in gebührendem Umfang und trug bestens dazu bei, auch mit der Materie wenig Vertraute zu informieren und ihnen zu einem eigenen Urteil zu verhelfen. Nachfolgend seien einige vertretende Kostproben aufgeführt.

"Mit der feierlichen Unterzeichnung der Abkommen zwischen der EWG und den sechs ihr nicht beitretenden EFTA-Staaten ... wird eine Entwicklung gekrönt, die im März 1957 mit der Unterzeichnung der Verträge von Rom voll in Gang kam: Die Vereinigung aller nicht kommunistisch beherrschten Europäer auf einen grossen Wirtschaftsraum." (Weltwoche vom 19.7.)

"1972 wird, wenn unser Brüsseler Vertrag ratifiziert wird, ein Markstein in der Geschichte sein: So wichtig wie 1291, das Stanser Verkommnis, der Schwabenkrieg (1499), Marignano (1515), der Westfälische Friede (1648), der Zusammenbruch von 1798, die Wiener Akte von 1815 und die Bundesgründung von 1848." (Weltwoche vom 16.8.)

"A la lecture de l'accord de Bruxelles, c'est ... une impression de "déjà vu" que l'on ressent: Suppression progressive des droits de douane, exceptions, l'accord - dans son principe - fait écho à la Convention de Stockholm. Il va même un peu moins loin dans certains secteurs. Par exemple, il vaporise en annexe quelques propos de bon ton sur les migrations de travailleurs - alors qu'une "clause d'établissement", dans l'AELE, souligne que le libre-échange des marchandises ne peut être indirectement gêné par des mesures discriminatoires de police des étrangers... L'accord de Bruxelles n'a pas emmené notre diplomatie sur des chemins inconnus, loin de là. Bref, pas de quoi s'exiter! Mais pas de quoi être déçu." (L'Impartial vom 3.8.)

"Pour la Confédération, l'accord avec la CEE se situe dans la logique de sa politique commerciale. Comme toutes les petites nations, la Suisse a besoin d'un marché qui dépasse ses frontières politiques. Les petits Etats ... doivent être fidèles plus que les autres encore au principe de séparation entre l'ordre économique et l'ordre politique." (La Liberté vom 21.7.)

Verständlicherweise liess manche Stellungnahme die Erwähnung wichtiger Abkommenspunkte vermissen in gleichem Masse wie anderen allzu grosse Bedeutung beigemessen wurde. Mehrfach wird auch einer gewissen Enttäuschung Ausdruck gegeben darüber, dass an Stelle der ursprünglich visierten "gestaltenden Mitwirkung" lediglich ein "entwicklungsfähiges Abkommen" erzielt wurde. Es entspreche nicht unserer Gewohnheit, auf eine direkt-demokratische Mitsprache in den wichtigsten Entscheiden der EWG verzichten zu müssen. (So H. Tschäni im TA vom 24.7.)

Das Zugeständnis der Schutzklauseln und die Regelung betreffend die Entwicklungsfähigkeit werden ebenfalls zu jenen Punkten gezählt, die nicht gänzlich zu befriedigen vermögen.

J. Die Wirtschaftsverbände zum Abschluss der Verhandlungen mit der EWG

1. Industrie

Ganz allgemein gesprochen gibt sich die schweizerische Industrie mit dem Resultat von Brüssel zufrieden, obwohl sie zum Teil mehr erhofft hatte. Nicht gänzlich glücklich ist sie namentlich darüber, dass die Ursprungsfrage nicht grosszügiger geregelt wurde. In der EFTA sei es möglich gewesen, bis zu 50 % Drittlandsanteile in schweizerischen Erzeugnissen zu verarbeiten, um dennoch in den Genuss der Freihandelsabmachungen zu kommen. Im Vertrag mit der EWG werde dieser Prozentsatz für einige Erzeugnisse erheblich gedrückt. Davon sei namentlich die chemische und die Nahrungsmittelindustrie betroffen. Doch auch aus der Textil-, Bekleidungs- und Maschinenindustrie seien Klagen zu vernehmen. Im weiteren vermögen auch die für schweizerische Verhältnisse ausserordentlich harten Wettbewerbsbestimmungen nicht voll zu befriedigen. (Die Welt vom 22.7.)

- Vorort

E. Junod: "Brüssel - ein ausgezeichnetes Abkommen. Besser hätte es nicht ausfallen können." (Sonntags-Journal vom 13.8.) Der Schweizerische Handels- und Industrieverein begrüsst den Abschluss des Abkommens und stellt mit Befriedigung fest, dass nun ein freier Markt für industrielle Erzeugnisse innerhalb des westlichen Europas geschaffen werden könne, ohne dass die wesentlichen Elemente unseres Staates - die Unabhängigkeit, die Neutralität, die direkte Demokratie und die föderalistische Struktur - beeinträchtigt würden. Die Schweiz könne dadurch die wirtschaftliche Isolierung vermeiden. Es sei aber nicht angebracht, die wirtschaftlichen Auswirkungen zu überschätzen und allzu weittragende Anpassungen und Veränderungen zu erwarten. Das Abkommen gestatte eine stärkere internationale Arbeitsteilung. Fazit: Ein Erfolg für die Schweiz.

- Maschinenindustrie

Befriedigt. Man dürfe einem rascheren und reibungsloseren Güter-
austausch in Europa entgegensehen, müsse sich aber darüber im
Klaren sein, dass die Eisenindustrie, die hauptsächlich für
den schweizerischen Markt arbeite, einer schwereren Konkurrenz
von europäischen Staaten begegnen werde.

- Chemische Industrie

Ebenfalls zufriedengestellt, weist aber darauf hin, dass ver-
mehrt zu Rationalisationen gegriffen werden muss um das For-
schungspotential aufrechterhalten zu können.

- Uhrenindustrie

Das Freihandelsabkommen werde die Schweiz vor der wirtschaftli-
chen Isolierung schützen, in der sie sich mit dem Vollbeitritt
Grossbritanniens, Dänemarks und Norwegens in die EWG befunden
hätte. Die schweizerische Uhrenkammer bezeichnet die Regelung
als sehr liberal, meldet aber gewisse Bedenken an bezüglich
der Schutzklausel, die noch an die amerikanische Ausweichsklau-
sel erinnere. Dennoch erlaube das Abkommen, das gesetzte Haupt-
ziel zu erreichen. Es sei auch zu bedauern, dass sich die EWG
nicht einsichtiger in Bezug auf den Abbau der auf preisgünsti-
ge Uhren und Uhrwerken erhobenen spezifischen Minimalbelastungen
gezeigt habe. Es lasse sich nicht vertreten, dass diese nicht
im gleichen Rhythmus wie die übrigen Zollschränken des gemein-
samen Aussenariffs ausgebaut würden.

- Bekleidungsindustrie

Befürwortet die Freihandelszone unter der Voraussetzung, dass
sich die Mehrheit der schweizerischen Bekleidungsindustriellen
darauf einzurichten versteht, im Sinne einer zunehmenden inter-
nationalen Arbeitsteilung. Weniger optimistisch sind naturge-
mäss jene Firmen, die bewusst oder gezwungenermassen nur für
den Inlandmarkt produzieren und mit dem Wegfall der Zölle mit
einer verstärkten Konkurrenz aus dem Ausland rechnen müssen.

Auf dem härter werdenden Wettbewerb haben zahlreiche Firmen der
schweizerischen Bekleidungsindustrie nicht nur mit möglichst
weitgehender Rationalisierung reagiert. Ihre Blicke richten
sich, nicht zuletzt infolge fehlender Arbeitskräfte, nach dem

Ausland. Eine nicht geringe Zahl von Bekleidungsindustriellen ist dazu übergegangen, das Angebot aus eigener Produktion durch den Zukauf ausländischer Ware zu ergänzen und die Herstellung billiger Produkte aufzugeben.

- Lebensmittelindustrie

Die "Ernährung" vom 27.7. warnt vor übertriebenen EWG-Hoffnungen, nur geringste Einsparungen seien zu erwarten durch Zollreduktionen; was aber wenn diese in Form neuer Steuern wieder dem Bund zufließen müssen?

Die Migros will den Kunden mögliche Preisermässigungen zugestehen. Die Chocosuisse begrüsst den Vertrag, obschon jetzt Schokoladenprodukte unter verarbeitete Landwirtschaftserzeugnisse fallen, so dass per Saldo durch den Zollabbau nicht viel gewonnen wird. Das Rohstoffhandicap gegenüber der EWG bilde einen weiteren negativen Punkt.

2. Gewerbe

- Schweizerischer Gewerbeverband

O. Fischer: Der Freihandelsvertrag entspreche den Vorstellungen des schweizerischen Gewerbeverbandes gänzlich. Die EWG habe sich glücklicherweise gegen die Tendenzen des Bundesrates, den nun abgeschlossenen Vertrag aus sich heraus weiter entwickeln zu lassen, gewehrt und im besonderen den schweizerischen Wunsch nach "gestaltender Mitwirkung" abgelehnt. Die umstrittene Entwicklungsfähigkeit des Vertrages, die unnötigerweise in die Diskussion geworfen wurde, bestehe nicht, d.h. wenn neue Gebiete zwischen der EWG und der Schweiz zu regeln seien, was durchaus möglich und richtig sein könne, werde das ganze staatsvertragliche Verfahren erneut durchzuspielen sein. Es sei von grösster Bedeutung, dass der Souverän diesem Brüsseler-Ergebnis ausdrücklich zustimme und es nicht nur dem Parlament zur Ratifikation überlasse, handle es sich doch um eine irreversible, nicht mehr rückgängig zu machende Neuorientierung unserer Handelspolitik.

5. Landwirtschaft

- Schweizerischer Bauernverband

R. Juri: Genugtuung über die für die Landwirtschaft befriedigende Lösung, die die autonome Anwendung des schweizerischen Agrarrechts und der Landwirtschaftspolitik weiterhin gewährleistet. Verlangt jedoch, dass unverzüglich die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit unsere Behörden notfalls zugunsten der einheimischen Waldwirtschaft sowie einzelner verarbeiteter Erzeugnisse der schweizerischen Milchwirtschaft intervenieren können.

- Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten

Im gesamten betrachtet zufrieden mit dem Ergebnis. Es müsse aber mit Nachdruck gefordert werden, dass der inländische Markt unserer Landwirtschaft in verschiedenen Sektoren (z.B. Käse) vermehrt und in den übrigen zumindest im bisherigen Rahmen erhalten bleibt. Dies wegen der Benachteiligung der schweizerischen Landwirtschaft in der internationalen Konkurrenz infolge der hohen Gestehungskosten. Die schweizerische Milchwirtschaft werde dem Abkommen nur unter dem Vorbehalt zustimmen können, dass ihr auf gewissen Gebieten entgegengekommen werde, um die vom Bund eingegangenen Konzessionen auszugleichen. (Land- und Milchwirtschaft vom 10.8.)

4. Gewerkschaften

- Gewerkschaftsbund

F. Troxler: Der Sprecher des Gewerkschaftsbundes sieht im Abkommen die langfristige Herbeiführung eines höheren Lebensstandards für das Volk wegen der zu erwartenden Verschärfung der Konkurrenz, die zu einem rationelleren Einsatz der Produktionsmittel führe. Die im Abkommen vorgesehene Entwicklungsklausel sollte seitens der Schweiz voll ausgeschöpft werden, um unsere partnerschaftlichen Beziehungen zur EWG zu vertiefen und nach Möglichkeit an der europäischen Entwicklung mitzugestalten.

5 Konsumenten

- Schweizerischer Konsumentenbund

Begrüssst das Abkommen, das eindeutig im Interesse unserer Wirtschaft liege, obgleich zahlreiche Wünsche unerfüllt geblieben seien. Eine bessere Lösung habe unter den gegebenen Umständen nicht erzielt werden können. Tiefgreifende Veränderungen für den Konsumenten seien keine zu erwarten. Wo gegenwärtig jedoch noch Schutzzölle gelten erwartet der schweizerische Konsumentenbund vom Warenhandel und besonders von den Grossverteilern, dass sie zollabbaubedingte Preisermässigungen restlos an die Konsumenten weitergeben. Infolge des Wegfalls der Einfuhrzölle erweitere sich das Warenangebot und verschärfe sich der Wettbewerb auf längere Sicht. Der Uebergang zum Mehrwertssystem solle nicht übereilt vorgenommen werden und so ausgestattet sein, dass den Verbrauchern keine durch erhöhte Gestehungskosten bedingte Mehrbelastungen auferlegt werden.

- Fédération romande de consommatrices

Bedauert die schlechte Berücksichtigung der Konsumenten auf europäischer Ebene. Eine stärkere Verflechtung mit der EWG könne auch eine Verschlechterung der Qualität mit sich bringen, sei doch das Niveau europäischer Qualität oft tiefer als in der Schweiz.

D. Parteistimmen

Offizielle Stellungnahmen sind zur Zeit keine bekannt, einzig eine Mitteilung der SDA bezüglich der Haltung der Parteien gegenüber einer Volksabstimmung, auf die wir in einer späteren Uebersicht zurückkommen werden. Präzise Ansichten unserer politischen Verbände werden daher erst in den Sessionen zu hören sein.

Nur wenige Parteivertreter und Parlamentarier haben sich bis anhin zum Freihandelsabkommen geäußert, nämlich:

- Nationalrat James Schwarzenbach

Als starker Gegner der EFTA und Befürworter eines Mitspracherechtes und nicht bloss handelspolitischer Verträge bezeichnet er den Vertrag als bestes Resultat, das aus einer verfuhrwerkten EFTA-Situation erzielt werden konnte. Man habe der Not gehorcht, nicht dem Triebe, weshalb man nur bedingt von einem Sieg der schweizerischen Einsicht sprechen könne. Es werde ausserordentlich schwer sein, dass kommerzielle Gespann derart zu bändigen, dass der Karren nicht im Graben des Unvorhergesehenen lande (Badener Tagblatt vom 1.8.).

Während im allgemeinen die Presse Inhalt und Bedeutung der Fremdarbeiterregelung korrekt und sachlich wiedergeben und ihrer Befriedigung darüber Ausdruck geben - (so Appenzeller Volksfreund vom 3.8. und Arbeitgeber Zeitung vom 3.8.) - äussern sich die Ueberfremdungsgegner wenig erfreut. Die "Nationale Aktion" behauptet, die italienische Machtposition in der Schweiz habe uns einmal mehr der Erpressung ausgeliefert (Volk und Heimat Nr. 7/72). Im Republikaner vom 4.8. lesen wir in diesem Sinn: "... in letzter Stunde in der Fremdarbeiterfrage ein massiver Druck auf unsere Delegation ausgeübt wurde. Botschafter Jolles habe zuerst nein gesagt, nach Rücksprache in Bern auf Wunsch des Bundesrates aber ganz beträchtliche Zugeständnisse machen müssen. Es war sogar von Geheimklauseln die Rede, die nicht veröffentlicht werden sollten und deren Inhalt... für unser Land in Bezug auf die Fremdarbeiter katastrophale Folgen zeitigen würde. Eins ist indessen heute schon durch die veröffentlichte Fremdarbeitererklärung im Anhang des EWG-Abkommens klar geworden: Dass das bilaterale, für uns unannehmbare Abkommen von Botschafter Grübel mit Italien zur multilateralen Vereinbarung mit der EWG geworden ist und dass die Italiener einen zweiten vollen Sieg errungen haben."

- Ständerat Kurt Bächtold

Hält eine vermehrte Aufgeschlossenheit für die Welt des 20. Jahrhunderts als dringend nötig, denn die Schwerpunkte würden in einem stark vermehrten Mass auf dem Verständnis aussenpolitischer Zusammenhänge liegen. Dazu bedürfe es aber vorerst einer Umschulung und besseren Information unseres innenpolitisch zu einseitig eingestellten Volkes. Es sei nämlich zu befürchten, dass unsere Solidarität mit den anderen Völkern, unsere Mitarbeit in den übernationalen Organisationen, in den nächsten Jahren nicht so sehr die Neutralität zum Hindernis haben werde als vielmehr eine Reaktion auf alles Fremde, Aussenpolitische, ein Scheuklappen-Mythos des helvetischen Selbstgenügens, das jenseits aller Realitäten stehe (Weltwoche vom 9.8.).

- Nationalrat Otto Fischer

Siehe Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbandes, S. 5 dieser Uebersicht.

- Nationalrat Jean Vincent

Das angebliche "Europa", von dem gegenwärtig die Rede sei, umfasse nur einen Viertel des Kontinentes, das kapitalistische Europa und kein anderes. Es treffe zwar zu, dass es sich um einen Freihandelsvertrag für Industriegüter handle, doch gehe dieser Freihandel nur im Rahmen der morgen erweiterten "europäischen" Gemeinschaft vor sich. Es könne daher bloss von einem beschränkten Freihandel gesprochen werden, der möglicherweise für das schweizerische Grosskapital einträglich sei. Die Folgen dieser Vereinbarung könnten aber nicht übersehen werden: Die Souveränität, die Unabhängigkeit, der Föderalismus und die direkte Demokratie seien mit einer überstürzten, fortschreitenden oder "entwicklungsfähigen" Annäherung an das sogenannte "Europa" unvereinbar. Der Freihandelsvertrag führe zu einem derart raschen und fühlbaren Rückgang der Zolleinnahmen, dass die gute alte Warenumsatzsteuer, die von der Partei der Arbeit mit Leidenschaft bekämpft worden war, durch eine hohe Mehrwertsteuer nicht nur auf den Waren, sondern auch auf Dienstleistungen ersetzt werden müsse. Das Volk dürfe daher keinesfalls hintergangen werden, sondern müsse informiert, seine Meinung festgestellt und befolgt werden (Weltwoche vom 24.8.).

Altbundesrat Max Weber

Bezeichnet das Ergebnis als positiv; die vermehrte zollfreie Einfuhr werde unsere Versorgung erleichtern, doch wird durch den Wegfall der Zölle auf Industriewaren unser Markt der Konkurrenz aus diesen 15 Ländern geöffnet, was manche Industrien und Firmen empfindlich zu spüren bekommen werden. Folglich werde sich allmählich eine strukturelle Verschiebung einstellen, was auch der Zweck der Integration sei. Auf solche Aenderungen habe man sich einzustellen.

E. Stellungnahme übriger Organisationen und Einzelpersönlichkeiten der Wirtschaft und Politik

- Marcel Beck

Bezeichnet das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen als kleines Mäuschen, nicht mehr als das, was wir einst mit der EFTA ausgehandelt hatten. Wir blieben weiterhin ausserhalb der EWG, besässen lediglich eine gemeinsame Zollgrenze für Industrieprodukte mit der EWG und haben uns daher bezüglich einiger Wettbewerbsbestimmungen mit ihr zu arrangieren. Das sei alles, doch werde dadurch die Weiche gestellt. Da Handel und Industrie die stärksten Säulen unserer wirtschaftlichen Existenz sind, werde ein jeder begreifen, dass deren Festigung durch einen internationalen Vertrag der beste Beweis für ihre prekär gewordene Tragfähigkeit ist (Badener Tagblatt vom 1.8.).

- Prof. Jacques Freymond

Wendet sich entschlossen gegen die überholte Zwangsvorstellung, wirtschaftliche und politische Grenzen müssten übereinstimmen. Weiträumige wirtschaftliche Zusammenarbeit bedinge keineswegs die Preisgabe der politischen Selbständigkeit. Der Freihandelsvertrag bewirke daher weder aussen- noch innenpolitisch einen Bruch der schweizerischen Entwicklung (Weltwoche vom 5.7.).

- Prof. Gaston Gaudard (Fribourg)

"Pour la Confédération l'accord avec la CEE se situe dans la logique de sa politique commerciale. Comme toutes les petites nations, la Suisse a besoin d'un marché qui dépasse ses frontières politiques. Pour l'économie suisse, l'arrangement avec la CEE constitue un élément encourageant, à un moment où, dans le monde, la libéralisation des échanges passe encore par une période d'incertitude" (La Liberté vom 21.7.).

- Europa-Union Schweiz

Stimmt dem Freihandelsabkommen zu. Dadurch würden zwei verschiedene Konzeptionen - Zollunion und Freihandelszone - miteinander in Einklang gebracht. Positiv sei namentlich die Verstärkung der schweizerischen Position im internationalen Wettbewerb, die Intensivierung des internationalen Handelsaustausches sowie die Förderung der notwendigen wirtschaftlichen Strukturbereinigungen in unserem Land. Bedauerlich sei jedoch, dass es der einstweilen ausserhalb der Institutionen der EWG verbleibenden Schweiz versagt bleibe, an den Entscheidungen der Gemeinschaft mitzuwirken. Die Lösung der Zukunftsaufgaben, jene der "zweiten Generation", sei nicht weniger entscheidend als der Abbau der Handelshemmnisse und werde dazu beitragen, die Lebensbedingungen des einzelnen und der Völker zu verbessern. Die Europa-Union der Schweiz erwartet vom Bundesrat, dass er mangels direkter Mitwirkungsmöglichkeiten in der EWG eine umfassende Konzeption schweizerischer Europapolitik entwickle, namentlich auf dem Gebiet der Währung der Weltwirtschaft und der Entwicklungspolitik. Die Europa-Union wolle an der Gestaltung dieser schweizerischen Europapolitik mitwirken und sich dafür einsetzen, dass sich unser Land als vollberechtigtes Mitglied an einer europäischen Gemeinschaft beteiligen könne. Das Freihandelsabkommen lasse alle Möglichkeiten für die Zukunft offen, es bilde weder zwangsläufig eine Vorstufe zu einem Beitritt der Schweiz zur EWG, noch schliesse es andererseits einen solchen Schritt aus.

F. Ausländische Pressestimmen

Es ist interessant, feststellen zu können, dass selbst in politisch und wirtschaftlich abgelegeneren Ländern wie u.a. Mexiko, Australien, El Salvador, Viet-Nam und Uruguay mit Aufmerksamkeit die Verhandlungen und Ergebnisse in Brüssel registriert und kommentiert werden.

Namentlich in nachfolgenden Ländern wurde im allgemeinen in recht gründlicher Weise auf die erzielten Lösungen in Brüssel hingewiesen und, was die Schweiz betrifft, in der Regel an die Rede von Bundesrat Brugger anlässlich der Unterzeichnungsfeier am 22. Juli 1972 in Brüssel angeknüpft, mit wenigen Erläuterungen und Hinweisen auf die Reaktion und die verbleibenden Problemkreise in der Schweiz.

- Belgien

"L'ambition de la Suisse de participer à certaines politiques européennes dans les domaines des transports, de l'environnement et de la monnaie est déçue. Mais elle se console grâce à la clause évolutive qui réserve l'avenir sur ce point.

(L'écho de la Bourse vom 24.7., ebenfalls in den französischen Zeitungen La Nation und Combat abgedruckt)

"Satisfaction de la Suisse. L'accord ne modifie pas la structure politique interne de la Suisse, car il ne prévoit aucun transfert de compétence à des organismes de la CEE." (La Libre Belgique vom 22.7.)

- Frankreich

"Il pose du point de vue politique intérieure suisse des problèmes difficiles: Faire accepter cette politique de rapprochement à un électorat travaillé par les idées nationalistes et xénophobes de Schwarzenbach, du parti républicain et de l'action populaire. (Paul Loby, AFP)

Die "Groupe d'études Hélvétiques de Paris" wirft in ihrem Rapport namentlich die Frage der Zweckmässigkeit eines Referendums über das Abkommen auf. Die Volksabstimmung müsse durch einen Kunstgriff ermöglicht werden, durch einen Verfassungszusatz, der dann dem Volk unterbreitet wird. Der "Monde" schreibt "L'attitude de la Suisse a été ... sinueuse. C'est elle d'abord qui insista pour que l'accord comportât une "clause évolutive", laissait entendre par-là, qu'elle ne se satisferait pas pour l'avenir d'un simple traité de commerce. Cependant, le terme même de clause évolutive fut vite proscrit par les négociateurs hélvétiques eux-mêmes, lorsqu'ils s'aperçurent qu'ils risqueraient de rendre impossible la ratification des accords de Bruxelles par le "peuple souverain", sans doute nullement prêt à voter un texte destiné au fil des ans à changer de contenu." (24.7.)

- Deutschland

Das Handelsblatt vom 19.7. bezeichnet als weiterhin offene Probleme: Die Fremdarbeiterfrage (da die Schweiz dem Grundsatz einer absoluten Nichtdiskriminierung nicht zustimmen könne), und grössere Belastungen namentlich für die chemische Industrie, die den Anteil der Rohstoffe aus der Dritten Welt höher habe ansetzen wollen, als es der Vertrag nun zulassen werde.

"Die Rest-EFTA-Staaten werden ... zum Teil vor die Wahl gestellt, entweder ein sachlich unbefriedigendes Angebot Brüssels anzunehmen, oder den Anschluss an die europäische Integration zu verpassen". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, vom 7.7.)

"Die Verträge mit der EWG erlauben nicht den geringsten Zweifel daran, dass die Neutralen die Herren ihrer eigenen nationalen Angelegenheiten bleiben. (Kieler Nachrichten, vom 22.7.)

Es sei nicht zu verkennen, dass sich in der Schweiz ein Stimmungswandel im Sinne einer allmählich Platz greifenden Relativierung der Prinzipien der Souveränität und der Neutralität anbahne. Mit einiger Sicherheit könne man deshalb sagen, dass das Freihandelsabkommen nur der allererste Schritt auf dem Weg zu dem angestrebten "Nahverhältnis" zwischen der Schweiz, den üb-

rigen Rest-EFTA-Staaten und der EWG sei. (Frankfurter Allgemeine vom 24.7.)

Die Stuttgarter Zeitung vom 25.7. meint schliesslich, die praktischen Eidgenossen würden in der Abstimmung zum EWG-Abkommen ja sagen. Zu befürchten sei aber, dass der Gemeinschaft wegen der Neutralen "Krach ins Haus stehen" werde, weil die Umarmung durch die EWG sich mit der Neutralität eben nicht vertrage.

- Italien

Erstaunlich wenig Stellungnahmen sind aus Italien zu hören. Bezüglich der Fremdarbeiterregelung lesen wir einzig: "Nel giugno 72 è stato firmato un protocollo che contiene alcune agevolazioni di cui godranno progressivamente i lavoratori stranieri attivi, ma che non pregiudica la politica di stabilizzazione condotta del governo". (La Provincia, 3.8.)

- Grossbritannien

"We appreciate that the neutrals have particular problems, but various representatives of the countries concerned welcomed the fact that the agreements leave the way open for further evolution and for various non-candidate countries to play a greater part in the years ahead". (Rede von G. Rippon im Unterhaus)

- UdSSR

Die Teilhabe nicht beitretender westeuropäischer Völker an der Wohlstandssphäre der EWG bereiten im Osten keine reine Freude.

"Dass damit die Aussicht kommunistischer Parteien auf Null sinkt, in von der EWG isolierten Ländern etwa eines Tages auf den Wogen des Zornes unzufriedener Massen in die Häfen der Macht zu schwimmen, passt Moskau schon gar nicht" (Weltwoche vom 19.7.)

Die Prawda vom 27.7. bezweifelt die grosse Bedeutung dieser Handelsvereinbarungen, dadurch würden die Probleme Westeuropas nicht gelöst. Für einen bedeutenden Anteil der Arbeitnehmer bedeute dieser Schritt ein zunehmendes Ansteigen der Lebenskosten.

"In particular for states traditionally pursuing a policy of neutrality, these agreements create the increasing danger of their getting drawn into the orbit of the aggressive military block of NATO. This is why the Brussels Agreements come under heavy fire from the mass organisations of working people in western Europe and the entire democratic and progressive public of the continent". Auch die Nachrichtenagentur TASS verbreitet die Ansicht, dass die Abkommen die Entwicklung des Handels auf vielen Gebieten beträchtlich verhindern werden, um die grossen Monopole zufriedenzustellen.

- Spanien

Sehr umfangreiche Stellungnahmen, die sich jedoch auf die Stellung Spaniens gegenüber der EG beschränken. Besorgnis zuständiger spanischer Kreise über die Randstellung und grosse Ausweitung der Freihandelszone. Trotz seines Präferenzabkommens fühlt sich Spanien übergangen.

- USA

Für die Aussenwelt ist der europäische Handelsblock freilich weniger vorteilhaft. Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, die sich auf dem kaufkräftigsten Markt der Welt diskriminiert sehen, umso mehr als die EWG ihren handelspolitischen Einflussbereich durch neue Präferenzabkommen ausweitet. Die USA sind zu wirtschaftlichen Opfern für Westeuropas Einheit bereit, sehen aber in der EWG immer mehr einen riesigen Klub, dessen Mitglieder und Freihandelspartner unter sich lukrative Geschäfte abwickeln und andere wie die USA durch Zölle und Grenzschränken davon ausschliessen. Deshalb versuchte Washington zunächst, die Verträge mit den nicht beitretenden sechs Staaten durch Einspruch zu verhindern. "Washington periodically expressed concern about how Europeans are changing the economic map of the international organization of post-war trade as expressed by the original GATT accord." (Washington Post vom 23.7.57)

- Australien

"Gefährliche" Aeusserungen in der "Canberra Times" vom 1.8. (am 10.8. ebenfalls in der "The Saigon Post" publiziert): "Now the barriers are down, and with them Switzerland has been forced, by monetary and economic pressures, to abandon some of its traditional neutrality. The irony of all this is that Mr. Schwarzenbach represents for many Swiss a kind of introspective dream, embodying the principles of a simpler way of life, an idealistic chauvinism which modern communications and a consumer society is fast destroying. Swiss freedom is in fact assumed."

Herren Bundesräte E. Brugger
P. Graber

Botschafter P. Jolles
E. Thalmann
P. Languetin
R. Bindschedler

P. Erni EPD
C. Keller EVD
Dr. K. Jacobi
Fürsprech M. Lusser
Fürsprech C. Eckenstein
Dr. B. Eberhard

Bru, A, Mü, Ke, Fa, Hw, Pt, vT, vG

Botschaften: London
Köln
Paris
Rom
Den Haag
Brüssel
Luxemburg
Stockholm
Helsinki
Wien
Oslo
Kopenhagen
Lissabon

Mission Brüssel
EFTA-Delegation Genf